

Haushaltsrede 25.02.2013 – BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Sperrvermerk – Montag 25.03.2013, 18.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Ja, endlich hat das Ringen um eine Gesamtschule in Bad Driburg ein glückliches Ende gefunden. Alle allgemeinen Schulabschlüsse können auch weiterhin und auf hoffentlich lange Sicht an öffentlichen Schulen und in sicher guter Konkurrenz zu den privatrechtlichen Schulen am Ort abgelegt werden. Jetzt kommt es darauf an, mit überzeugendem Konzept und bester pädagogischer Arbeit der Gesamtschule einen festen Stand in Bad Driburg zu sichern. Dazu, und das finden wir richtig, nimmt die Stadt wirklich noch einmal viel Geld in die Hand, um der neuen Schulform einen für Kinder, Eltern und Lehrer guten Start zu ermöglichen.

Allerdings, der Weg war weit, nicht nur 1 ½ Jahre hat es gedauert, seitdem Sie, Herr Bürgermeister, in einer Ratssitzung plötzlich und ohne Vorwarnung einen 180-Grad-Schwenk hingelegt haben und von der vagen Möglichkeit einer Gesamtschule gesprochen haben. Nein, der Schatten, von dem Prof. Rösner bei der letzten Ratssitzung gesprochen hat, ist mindestens 6 Jahre lang. Denn im Jahre 2005 haben wir GRÜNEN Ihnen das erste Mal Demographiezahlen vorgelegt, die die Problematik des Erhaltes unserer weiterführenden Schulen schon anzeigten, während Sie von einer ungefährdet gesunden Sicherheit für Gymnasium, Real- und Hauptschule sprachen. Wir stießen bei unseren auch folgenden Vorstößen,

rechtzeitig über die Zukunft unserer weiterführenden Schulen sprechen zu wollen, bei CDU, FDP und UWG auf Ablehnung, Unverständnis und Häme. Noch im Sommer 2011 ging es im Schulausschuss wegen unseres Vorschlages einer Zukunftskonferenz Bildung hoch her. Dann kam sie doch, diese Zukunftskonferenz, von uns initiiert, und von Ihnen, Herr Bürgermeister Deppe, später als eine von dann vielen Informationsveranstaltungen zum längeren gemeinsamen Lernen und zur Gesamtschule hervorgehoben. Danke.

Allerdings, wer so lange springt, um ans Ziel zu kommen, muss sich nicht wundern, wenn es schon mal zunächst eine Bruchlandung gibt. Wer den Bürgern erst einredet, eine Gesamtschule sei sozialistische Einheitsschule, der muss sich nicht wundern, dass er dann Unverständnis erntet, wenn er zur Landung mit 180-Grad-Pirouette ansetzt.

Aber manchmal ist es ja wirklich so, und das freut uns GRÜNE ganz besonders: ALLES WIRD GUT!!

Bilster Berg

Lange gesprungen sind wir alle, Sie haben es ja auf dem Neujahrsempfang der Volksbank deutlich gesagt, auch in Sachen Bilster Berg. Allerdings ist die Landung noch nicht erfolgt. Und wo der Flug des Bilster Berges hingeht, weiß bisher noch keiner. Sicher, Sie sind überzeugt von dem Projekt, müssen es ja auch sein, denn die Betriebe Markus Graf Oeynhausen sind ein wichtiger

Gewerbesteuerzahler – so hoffe ich doch! Aber was ist, wenn diese Rennstrecke, wie auch der Nürburgring, oder wie auch der Hockenheimring – da fragen Sie mal Herrn von Glasenapp, der da ja mal Geschäftsführer war - floppen?

Das letzte Wort über die Rennstrecke ist noch nicht gesprochen – und auch die nächste Gerichtsentscheidung ist noch lange nicht das letzte Wort! Die Nieheimer Bürger haben immerhin in einem ersten Schritt schon erreicht, dass gerade bei den Sonderbetriebstagen und bei der Lärmemissionsmessung nachgebessert werden musste. Und das sind genau die Verbesserungen, die wir im Bau+Planungsausschuss vom 25.11.2010 beantragt hatten und die mit der Mehrheit von CDU, UWG und FDP abgelehnt wurden.

Manchmal müssen eben erst die Gerichte bemüht werden, damit wenigstens im Bereich des Lärmschutzes Vernunft einzieht!

So weit zu Ihrer Aussage, es wäre bei den Planungen von Stadt und Kreis alles optimal gelaufen.

Schlüsselzuweisungen und Entnahme aus Rücklage

In den Schlussbemerkungen des Vorberichtes – ähnlich wie in Ihrer Einbringung – erwecken Sie, Herr Bürgermeister, der Eindruck, als würde das Land durch die veränderten Berechnungsgrundsätze der Schlüsselzuweisungen die sozialen Probleme bei den kreisangehörigen Städten wie Bad Driburg verschärfen, während die kreisfreien Städte mit den Zuweisungen des Landes nun auf Rosen

gebettet werden und all ihre sozialen Schieflagen mit einem Schlag beseitigen könnten.

Wir können Ihnen aus eigener Erfahrung versichern: Die soziale Schieflage der Kreisgebundenen Städte ist nach wie vor wesentlich geringer als die in den großen Städten wie Bielefeld oder gar Duisburg, Wuppertal oder Solingen. Da sehen Sie Armut, da sehen Sie eine zusammenbrechende Infrastruktur, geschlossene vergammelte und verrottende Bäder und mehr als eine marode Schule.

Herr Bürgermeister, dadurch, dass Sie solch eine im Grunde politische Äußerung wie die auf S. 30 in den Vorbericht geschrieben haben und diesen Vorbericht dann auch von Kämmerer Koch als einem städtischen Beamten haben mit unterschreiben lassen, haben Sie die Verwaltung gezwungen, ihre politische Neutralität zu verlassen!

Im Übrigen: Das Innenministerium musste nicht, wie Sie auf S. 30 auch behaupten, eingestehen, dass die kreisfreien Städte in den Jahren 2009 und 2011 höhere Zuweisungen erhalten haben. Das war durch die Neugestaltung der Schlüsselzuweisungen gegeben und sollte diese Städte mit ihren extrem hohen sozialen Ausgaben ein kleines Stück weit entlasten.

In dieser Sache Ihnen dann aber noch ein kleines Lob: Sie schreiben auf S. 7, dass das 1. NKF-Weiterführungsgesetz vom September Verbesserungen im Haushalt gebracht hat. Allerdings auch hier etwas Erstaunliches: Während Sie ganz vorn auf S. II der Haushaltssatzung eine Verringerung der Ausgleichsrücklage durch Entnahme von 2,63

Mill. € angeben, rudern Sie auf S. 7 schon wieder ein Stück zurück. Da geben Sie für die Vorjahre eine geringere als geplante Entnahme an und peilen dies auch für 2013 an. Ist hier etwa einer der Sparstrümpfe im Haushalt zu finden?

Und was und wo soll hier gespart werden? Sagen Sie es uns doch!

Wie kommen Sie zu dieser optimistischen Annahme?

Haben Sie ein Konzept zur strukturellen Sanierung der Finanzen unserer Stadt gefunden?

Wenn ja, warum stellen Sie es uns dann nicht mal vor?

Oder – entschuldigen Sie diesen schweren Verdacht und entkräften Sie ihn, wenn Sie können – rechnen Sie das aktuelle Jahr jeweils „hoch“, damit Sie im nächsten Jahr dann wieder sagen können: Seht, so gut haben wir gewirtschaftet, dass wir viel weniger aus der Ausgleichsrücklage entnehmen mussten?

Also: klar und unbestritten ist, dass die vorgelegten Haushalte seit Jahren strukturell nicht ausgeglichen sind.

Wir subventionieren seit Jahren die Unternehmen von Markus Graf Oeynhausens, im Haushalt mit 889 000 € angegeben –und das, obwohl offenbar über 150 000 zahlende Besucher die Kasse des Kurparks füllen. Allerdings verwundert es uns schon, dass im neuen Leitbild „Kultur, Freizeit und Sport“ als Schwäche angegeben wird, dass der eintrittspflichtige gräfliche Park nur eine geringe Akzeptanz bei den Bad Driburger Bürgern genießt und um Bus- und Gartenreisende kaum geworben wird. Wie da diese Zahl zahlender Besucher zustande kommt, muss uns noch dargelegt werden.

Jedenfalls bestätigt das Leitbild genau das, wovon wir bei den Beratungen um einen neuen Vertrag mit den gräflichen Betrieben gewarnt haben: Der Bürger kann sich mit den gräflichen Angeboten nicht identifizieren (s. S. 36 Leitbild), der Park wird evtl. immer mehr isoliert.

Wir subventionieren die Therme seit Jahren mit 800 000 € jährlich, wir sichern damit die Liquidität der Therme und gefährden gleichzeitig die Liquidität des städtischen Haushalts – nachzulesen in Vorbericht auf S.25!

Wir haben zwar steigende Nutzer des Hallenbades, der Zuschuss bleibt aber gleich! Wir fragen: wie kommt das?

Auf eine so einfache Frage gibt der vorliegende Haushaltsplan aber leider gar keine Antwort!

Auf viele Fragen gibt der vorliegende Haushaltsplan keine Antworten, weil auch in diesem Zahlenwerk erneut an entscheidenden Stellen bis heute keine belastbare Kennzahlen genannt werden!

Seit Jahren mahnen wir diesen Mangel an. Aber nur ganz langsam und zögerlich werden hier und da weitere Kennzahlen in den Haushalt eingebracht. Ja, Sie gehen sogar so weit, dass Sie nach dem Desaster des letzten Jahres, als Sie in den Produkten die jeweiligen Stellenanteile ausgewiesen hatten, diese aber nicht mit dem eigentlichen Stellenplan in Einklang bringen konnten, diesen Nachweis der Stellenanteile aus den Produkten wieder herausgenommen haben. Das war aber doch ein guter Ansatz, er muss nur stimmen!

Was schließen wir aus all dem? - Befinden sich der Bürgermeister und der Kämmerer im Blindflug, was die finanzielle Lage einzelner Produkte und damit die Lage der städtischen Finanzen insgesamt angeht?

Betrachten wir es richtig, so ist es doch jetzt das erste Mal seit Jahren, dass der Stadthaushalt einen Schuldenabbau vorsieht. Seit 2009 ist der Schuldenberg immer weiter angestiegen, von 6.873.000 € auf 8.787.000 € in 2012., das sind sage und schreibe 1.914.000 €. Da ist ein Schuldenabbau von 16.000 € ja schon eine große Meisterleistung. Und wenn man das dann noch von der Pro-Kopf-Verschuldung her sieht, dann hatten wir von 2009 bis 2012 einen Anstieg um 113 €, von 355 € auf 468 €! 16.000 € Schuldenabbau machen gerade mal knapp 1 € bei der Pro-Kopf-Verschuldung aus. Durch die dramatische demographische Entwicklung hin zu immer weniger Einwohnern müsste der Schuldenberg eigentlich überproportional stark reduziert werden, um die Pro-Kopf-Verschuldung und damit die Hinterlassenschaft an unsere Nachkommen einigermaßen im Rahmen halten zu können. Diese Zahlen und die Entwicklung zeigen deutlich, dass der Städtische Haushalt alsbald strukturell verändert werden muss. Im kommenden Jahr werden wir aller Voraussicht nach, zur Abdeckung des Haushaltes in die Allgemeine Rücklage greifen müssen und damit an das Eigenkapital der Stadt, das allen Einwohnern der Stadt Bad Driburg gehört.

Stellenplan und Personal

Sehr geehrte Damen und Herren im Rat, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, was halten Sie davon, wenn jemand als kleinkariert und kleinkrämerisch diffamiert wird, weil er auch zu den allerkleinsten Veränderungen im Stellenplan noch Erklärungen haben will. Was halten sie, liebe Bürgerinnen und Bürger von Ratsmitgliedern, für die es nur von wenig Belang ist, ob der Stellenplan wirklich logisch nachvollziehbar ist? Wir GRÜNE sind schockiert über solch eine Haltung. Hier wird offensichtlich von Ratsmitgliedern verkannt, dass der Stellenplan die Grundlage für die Berechnung der Personalaufwendungen ist. Hier geht es nicht einfach, wie im HFA behauptet, um die politische Dimension der Personalaufwendungen. Immerhin machen die Personalaufwendungen mit nahezu 7,5 Mio. € 23% des Städtischen Haushaltes aus. Und dieser Bereich ist ein Bereich, den wir unmittelbar beeinflussen können. Und dass es zu Ausgabenkürzungen im Städtischen Haushalt kommen muss, ist bei einem Defizit von 2,6 Mio. € und einer Rest-Ausgleichsrücklage von 1,4 Mio. € nun unausweichlich. Wir, der Rat, tragen Verantwortung für diesen Haushalt. Wir verabschieden ihn. Und ich persönlich kann keinem Haushalt zustimmen, der mir in einigen Bereichen nicht schlüssig ist. Dabei ist der Haushalt unserer Stadt nicht der einzige Millionenhaushalt, dem ich zustimmen muss. Auch da bin ich mir meiner Verantwortung bewusst und scheue genau hin. Und wenn wir als GRÜNE Fraktion genau hinschauen, ist das nicht kleinkariert,

sondern Ausdruck dafür, dass wir unsere Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler ernst nehmen.

Von Ihnen, Herr Deppe und den Mitgliedern im HFA wurden immer wieder die inhaltlichen Aspekte und die Wichtigkeit der einzelnen Stellen zu den von Herrn Wilde angesprochenen nicht nachvollziehbaren Stellenveränderungen, weil nicht erklärt, in den Vordergrund gestellt. Es wurde einfach nicht verstanden, dass es uns um die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Stellenveränderungen geht und dass nun mal auch die kleinste Stellenveränderung im Haushaltsplan zu erklären ist. Der Hinweis auf Anpassungen durch das Personalkostenplanungsmodul geht da für uns ins Leere. Ebenso die Aussage: „Wenn unterm Strich alles stimmen würde, warum soll man sich dann noch über Einzelheiten unterhalten.“ Warum macht sich denn die Verwaltung dann noch solche Mühe mit einem mehr als 400 Seiten starken Haushalt? Warum dann die Erläuterungen zu Haushalt und Stellenplan, die könnten wir uns dann sparen. – Allerdings: dann möchte ich nicht mehr verantwortlich sein für diesen Haushalt. Dann könnte es uns auch egal sein, dass für 2011 auf Seite 7 eine Entnahme von 1,774 Mill. € aus der Ausgleichsrücklage verzeichnet ist, aber auf Seite 32 ein ordentliches Jahresergebnis 2011 mit einem Minus von 987.000 € angegeben wird. Aber dieser Haushalt ist Grundlage für das Wirtschaften der Stadt – und der muss stimmen! Vor Bereinigung der Fehler kann ihm nicht zugestimmt werden.

Eins zum Schluss zum Stellenplan: Positiv ist sicherlich anzumerken, dass es neben der Stellenmehrung bei den Kindergärten doch zu einem Stellenabbau von ca. 2 Stellen gekommen ist. Positiv ist auch, dass die 5,9 Stellen mehr bei den Erzieherinnen nicht zu einer Erhöhung der Personalaufwendungen gekommen ist, weil man die Personalkosten je Stelle nunmehr den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst hat.

Wir wissen aus unserer eigenen über viele Stunden gehenden Beschäftigung mit dem Haushalt, welcher Aufwand, welche Arbeit in solch einem Werk steckt. Das wollen wir gerne gegenüber der Verwaltung würdigen. Dennoch aber ist es uns aufgrund der von uns eingebrachten Punkte nicht möglich, diesem Haushalt zuzustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit